

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

21.6.1924 (No. 143)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gesamtdirektor
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig. Samstags 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. ...

Zweierlei Maß in Polen

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:
Es steht fest, und soll nachstehend auch durch einige Fälle
belegt werden, daß polnische Organisationen und das
Vertrauen derartiger Organisationen in hohem Grade
genießende Personen, wie polnische Geistliche und andere
im polnischen Vereinswesen führende Stellungen einneh-

Nachstehend zwei derartige Urkunden: (in die deutsche
Sprache übertragen):
Bund der Polen in Ostpreußen.
Presseagentur Egb. Nr. 1118/21.

Wir bescheinigen hiermit, daß Herr Wladislaus Sie-
bert, Landarbeiter in Dt.-Kobzonne, Kr. Hofenberg,
geb. am 1. Dezember 1875 in Tinnwalde, Kr. Löbau,
aus politischen Gründen hier arbeitslos geworden und
daher gezwungen ist, eine dauernde Beschäftigung in
Polen zu suchen.

S. war Vertrauensmann des Bundes der Polen in
den allerfrühesten Zeiten und hat uns bei den Wäh-
len große Dienste geleistet.

Wir bitten seine Bemühungen zur Erlangung einer
Parzelle oder einer Beschäftigung zu begünstigen.

Bund der Polen in Ostpreußen
Presseagentur.

(Zu bemerken ist, daß Siebert in der Abstimmungszeit
bezahlter polnischer Agitator war. Aber auch nach der
Abstimmung hat er seine Tätigkeit als solcher keineswegs
eingestellt, sondern besaß sich damit, durch Ausstreunung
falscher Gerüchte, Vorkommnisse, Aufschwärzung der
Bevölkerung und der Geistlichkeit und sonstige unfaubere
Mittel die polnisch-sprechende Bevölkerung in der Ge-
gend von Dt.-Gylau gegen das Deutschtum aufzubeben).

Die andere Urkunde lautet in deutscher Übersetzung wie
folgt:
Bescheinige mit Gegenwärtigem, daß dem Franzisek
Kolecki, Besitzer aus Glaznoty, Kr. Osterode, als
einem Optanten für den polnischen Staat keine Hin-
dernisse für seine Übersiedelung nach Polen in den
Bog gelegt werden.

Glaznoty, 10. Juni 1922
(gez.) Pfarrer Falk.

Herr Pfarrer Falk hat derartige Ausweise wiederholt
polnischen Auswanderern erteilt, die dadurch von vorn-
herein in Polen eine „gute Note“ haben.

Von den deutschen Behörden sind derartige auf deut-
schem Boden befindliche polnische Organisationen und
Einzelpersönlichkeiten, die eifrigen polnischen Agitatoren
Bescheinigungen ausstellen, in keiner Weise bebelligt wor-
den. Wie verhalten sich nun die polnischen Behörden,
wenn deutsche Organisationen in Polen etwas ähnliches
tun? Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg, die das
Interesse des Deutschtums in Polen mit anerkenntens-
wertem Nachdruck und großem Mut vertritt, gibt die von
der Königsberger Allgemeinen Zeitung“ aus Weuthen
gebrachte Nachricht wieder, daß der Geschäftsführer des
Deutschen Volksbundes in Königshütte und ein für den
deutschen Schulverein tätiger Rektor von den polnischen
Behörden unter der Anschuldigung des Hochverrats fest-
genommen worden seien, weil sie als polnische Staats-
bürger anderen polnischen Staatsangehörigen deutschen
Stammes ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum
reichsdeutschen Behörden gegenüber bescheinigt hätten,
und sie fügt dieser Mitteilung folgenden Kommentar

hinzu: „Weder dem polnischen Pfarrer Falk ist der Pro-
zeß gemacht worden, noch auch dem Bunde der Polen in
Ostpreußen, der ungestört weiter arbeiten kann, während
sein Gegenstück, unser Deutschtumsbund, seit Monaten
geschlossen ist. Wir erlauben uns die ergebene Anfrage,
was wohl geschehen würde, wenn man die polnischen
Schreiber der oben abgedruckten Empfehlungsbriefe des
Hochverrats verdächtigen und verhaften würde, wie das
im ähnlichen Falle mit zwei hervorragenden polnischen
Staatsangehörigen deutschen Stammes in Polnisch-Ober-
schlesien geschehen ist? Wenn zwei daselbe tun, ist es
dann nicht daselbe?“

Die „Deutsche Rundschau“ besitzt offenbar noch ein ho-
hes Maß deutscher Treuherzigkeit. Nein, wenn zwei
daselbe tun, ist es durchaus nicht daselbe. Die Deut-
schen haben den Polen alles durchgehen lassen. Die Deut-
schen in Polen aber müssen es sich gefallen lassen, schänt-
lich und bestraft zu werden. Das gerade wird durch die
Gegenüberstellung des Vorgehens der deutschen und der
polnischen Behörden in gleichliegenden Fällen bewiesen.
Trotzdem aber haben die in Opatow erscheinenden „No-
winy Codzienne“ noch den Mut zu schreiben: „Hier bei
uns — also in Deutsch-Oberschlesien — ist es um so leicht-
er, das zu einem gerechten Regieren nötige geistige
Gleichgewicht zu bewahren, als es den Deutschen in Polen
vorzüglich geht.“ Das ist der Dant der Polen in Deutsch-
land für die von den deutschen Behörden geübte Nachsicht.

Politische Neuigkeiten

Aufrichtung des zivilen Ausnahmezustandes
Berlin, 20. Juni. (Amstsch.) Die Verordnung des
Reichspräsidenten vom 28. Februar gestattet den Behörden
ein Einschreiten lediglich zur Abwehr von Bestrebungen auf
gesetzliche Änderung der verfassungsmäßigen Staatsform.
Die Vorgänge der letzten Monate haben gezeigt, daß diese
Vorschriften nicht genügen, nachdem von radikaler Seite
in der Presse fast täglich in einer für die ruhige Fortent-
wicklung unerträglichen Weise zum Ungehörigsten gegen die
Gesetze und Aufsehung gegen die Anordnungen der Behörden
aufgefordert wird. Immer mehr verstärken die Anreizungen
zu Gewalttätigkeiten gegen den politisch und wirtschaftlich
Andersdenkenden, die politische Atmosphäre. Würde eine Ver-
teilung verboten, so erfolgte die Zustellung von im gleichen
Verlag erschienenen Kopfflätern an die bisherigen Bezirker, oder
es wurde diesen eine andere Zeitung gleicher Tendenz zuge-
stellt und dadurch die Wirkung des Verbotes illusorisch ge-
macht. Um diese Lücke, die sich in der Praxis ergab, auszu-
füllen, ergänzte der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichs-
regierung und nach Anhörung aller Landesregierungen die
Verordnung vom 28. Februar dahin, daß künftig ein Einschrei-
ten gegen eine periodische Druckschrift auch dann möglich ist,
wenn der Inhalt derselben zum Ungehörigsten gegen Ge-
setze oder rechtsgültige Verordnungen, oder gegen von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffene
Anordnungen, oder zu Gewalttätigkeiten gegen poli-
tisch oder wirtschaftlich Andersdenkende auffor-
dert oder anreizt.

Durch die neue Verordnung ist ferner bestimmt, daß das
Verbot einer periodischen Druckschrift auch jede angeblich neue
Druckschrift umfaßt, die sich sachlich als die alte darstellt. Eben-
so sind die im gleichen Verlage wie die verbotene Druckschrift
erscheinenden Kopffläter sowie die Zustellung eines
Ersatzblattes an die Bezirker verboten.

Stresemann über die Regierungserklärung
Herriots

Aus Anlaß des Landtagswahlkampfes in Anhalt sprach der
Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann in einer Ver-
sammlung der Deutschen Volkspartei in Dessau. Seine Aus-
führungen betrafen sich bezüglich des Sachverständigen-
gutes in den Gebirgsgegenden, die er vor kurzem in Karls-
ruhe ausgeführt hat. Unter Bezugnahme auf die Darlegun-
gen Herriots bei Gelegenheit der Regierungserklärung in der
französischen Kammer betonte der Reichsaussenminister, daß
er keinen Zweifel daran hege, daß die neuen Männer in Frank-
reich die bisher gegen Deutschland angewandte Methode der
Belästigung nicht fortzusetzen gedächten. Er begrüßte die
Aussagen des französischen Ministerpräsidenten über die Am-
neistierung der Gefangenen, betonte jedoch, daß die psycholo-
gischen Wirkungen einer solchen Maßnahme nur dann in
Deutschland eintreten könnten, wenn die Annahme eine aus-
nahmlos sei. Wer gegen die Truppen eines Staates der
eine Besetzung vornimmt, sich verbeugt, möge in den Augen die-
ses Staates sich eines schweren Vergehens schuldig machen.
Man dürfe aber nicht vergessen: Wer sich einer von ihm nicht
als verträglich angesehenen Besetzung auch mit Leib und
Leben widersetzt, handle nicht aus unedlen Motiven. Es wäre

falsch, wenn Frankreich irgendwelche Märtyrer schaffen wolle.

Die Erklärung Herriots bezüglich der Räumung des Ruhr-
gebietes lasse er dahin auf, daß das Inkrafttreten aller mit
dem Sachverständigenrat verbundenen Gesetze und damit
der Beginn der deutschen Leistungen aus dem Sachverständigen-
gutsachten mit der Ausübung der Befehle Hand in Hand
gehe. Damit werde, wenn auch die übrigen, nicht vertrags-
mäßig besetzten Gebiete geräumt würden, der Status quo
wieder hergestellt sein. Wenn dazu die Wiederherstellung der
wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Deutschlands
komme, so würde das Tor zwischen dem besetzten und dem
unbesetzten Deutschland wieder geöffnet sein und wir würden
uns in den bestigen Kämpfen nach Friedensschluß, in Jahren,
die bisher gegenüber Deutschland die Fortsetzung des Krieges
mit anderen Mitteln gewahrt sind, das bewahrt haben, worauf
es in der Gegenwart am meisten ankommt: das Reich und
seine Einheit.

Deutschland erhoffe von einer loyalen und fairen Durch-
führung des Sachverständigenrats einige Jahre ruhiger
Entwicklung, wenn auch bei angestrengtester Tätigkeit zur
Herbeiführung der Leistungen. Wollte Frankreich mit die-
sem Deutschland als ruhiger Nachbar leben, so würde das je-
demann in Deutschland begrüßen, der in einem friedlichen
Nebeneinanderleben beider Nationen die Voraussetzung der
friedlichen Entwicklung der europäischen Verhältnisse erblicke.
Ohne Voreingenommenheit, aber auch ohne Illusionen werde
das deutsche Volk in dieser Beziehung die Taten der neuen
französischen Regierung erwarten.

Der Beamtenabbau im Reich

Im Haushaltsausschuß des Reichstags äußerte sich Reichs-
finanzminister Dr. Luther über den Werdgang der Beamten-
besoldungs-Verordnung und über den Personalabbau. Vom
1. Oktober 1923 bis 1. April 1924 seien insgesamt rund 396 000
Köpfe, oder 24,9 Prozent des gesamten Personals der Reichs-
verwaltung, einschließlich der Betriebsverwaltungen, abgebaut
worden. Die erzielte Ersparnis betrage 421 Millionen Mark,
darüber hinaus werde aber die Ersparnis noch vergrößert durch
ein erhebliches Wegfallen an Sachausgaben. Nur insolge die-
ser starken Durchführung des Personalabbaues sei praktisch
der Verwaltungsabbau, wie er im Reiche durchgeführt worden
sei, ermöglicht worden. Der Personalabbau sei also im Reich
stark vorgeritten, wenn auch noch nicht beendet, jedoch hoffte
der Minister, daß in absehbarer Zeit ein bestimmter Zeitpunkt
bezeichnet werden könnte, an dem auf die in der Personal-
abbauverordnung enthaltenen Vollmachten zum größten Teil
verzichtet werden könne.

Der Minister betonte das beamtenpolitische Interesse, das
die Reichsregierung selbst in allerhöchstem Maße an einer
Beruhigung und Sicherung der Stellung der nach dem Abbau
verbleibenden Beamenschaft habe. Deshalb sei sie bereit,
mit den Organisationen der Beamenschaft erneut in Ver-
handlungen einzutreten. In weiteren Verlauf seiner Aus-
führungen beschäftigte sich der Minister mit der Frage der Pen-
sionskürzungen, weiter mit der Frage der Erhöhung der Be-
amtensgehälter, wobei er sagte, eine vergleichende Übersicht der
einzelnen Gehaltsstufen im Verhältnis zu dem ehemaligen
Vorkriegsgehalt ergebe, daß jetzt die Gehaltsklasse 3 115 Pro-
zent des Friedensgehaltes, die Klasse 5 109 Prozent, Klasse 13
83 Prozent des Friedensgehaltes habe.

Hauptversammlung des Vereins deutscher
Zeitungsverleger

Die in diesen Tagen in Stuttgart stattfindende, von über
1000 Personen besuchte Hauptversammlung des Vereins Deut-
scher Zeitungsverleger nahm mit einem der Bedeutung der
Presse würdigen Begrüßungsakt ihren Anfang. Anwesend
waren sämtliche württembergische Minister sowie sämtliche
Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden und General
Reinhardt.

Nach kurzen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden des
Vereins württembergischer Zeitungsverleger, Direktor Carl
Ester, ergriff zunächst Staatspräsident Baillie das Wort.
Nach einem herzlichen Willkommensgruß wies er darauf hin,
daß Württemberg immer eine Heimat bürgerlicher Freiheit
gewesen sei, die unentbehrlich sei für eine hochstehende Presse,
und führte dann weiter aus: „Unsere Zeit ist von zwei Ideen
beherrscht, die soziale als Grundlage des Staates und das so-
genannte Selbstbestimmungsrecht der Völker als Ausdruck
ihres Strebens nach Freiheit und Unabhängigkeit. Diese
Ideen haben während des Weltkrieges das deutsche Volk in
zwei Lager gespalten und damit den Untergang eines mäch-
tigen Reiches herbeigeführt. Nur Ideen können den Zwiespalt
beseitigen. Jede Partei begünstigt die sozialistische Idee. Was
fehlt, ist die Gemeinsamkeit eines außenpolitischen Ideals.
Hier hat die Presse eine Mission zu erfüllen, deren Bedeutung
nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die deutschen
Stämme werden wie Parias behandelt und Europa versagt
ihnen das Recht auf nationalen Zusammenschluß. Das euro-
päische Problem besteht darin, einen neuen entfehligen Krieg
wegen dieser Frage zu verhindern. Das Selbstbestimmungs-
recht der Völker wird die Lösung bringen. Der Zweck des
Martyriums des deutschen Volkes ist offenbar, es zum Mann-
träger dieser Idee zu machen. Dies entspricht der Gerechtig-
keit und der Objektivität des deutschen Geistes und ist des-
halb die Basis, auf der sich das ganze deutsche Volk wieder
zusammenfinden kann. Ich bitte die deutschen Volk wieder
legener um ihre Mitwirkung in diesem idealen Kampfe; den
der W. D. Z. dient ja nicht nur wirtschaftlichen Interessen,
er hat auch eine hohe geistige und sittliche Aufgabe, und der
Verleger als Träger des Charakters der Zeitung ist mit sei-
nem Mitarbeiter stärkste Kraft in der Entwicklung der öffent-
lichen Meinung. Möge es den Verlegern gelingen, zu vielen
Ehrentiteln, auf die sie Anspruch haben, dereinst den stolze-
sten hinzuzufügen zu dürfen, die deutsche Volksgemeinschaft wieder

hergestellt und das deutsche Volk reif zu einer großen weltgeschichtlichen Aufgabe gemacht zu haben (Stürmischer Beifall).

Direktor der Universität Tübingen, Prof. Dr. Stod, und Direktor der Technischen Hochschule, Prof. Dr. Grube, würdigten die Förderung der Wissenschaft durch die Presse. Nach weiteren Begrüßungsansprachen durch den Präsidenten der Handelskammer und den Vorsitzenden des Kreises IV des Deutschen Buchdruckervereins, Walder, gab Chefredakteur Dr. Gerlach als Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse und Redakteur Adolf Keller als Vorsitzender des württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins dem Wunsch Ausdruck, daß für das zur Beratung stehende Journalistengesetz eine Lösung gefunden werde, die den Interessen und Bedürfnissen beider Teile gerecht, der Presse zum Heil und damit dem Vaterlande zum Segen werde.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar (Regen), für die Begrüßungen und leitete aus der unauflösbaren Verknüpfung der Zeitung mit dem öffentlichen Leben für die Verleger eine ungeheure Verantwortung ab. Verantwortung tragen und sich dieser Verantwortung für die Allgemeinheit bewußt zu sein, sei höchste Zweckbestimmung des Verlegers. Seiner Initiative sei die geistige und wirtschaftliche Macht der Presse zu danken. Er sei der bodenständige Träger der Überlieferung des Blattes. Mit seiner ganzen Existenz an das Schicksal der Zeitung geknüpft, trage er die volle geschäftliche Verantwortung für die Richtung des Blattes. Er sei letzten Endes der Träger der ganzen moralischen Verantwortung, von der ihm kein Geheiß befreien könne. Die innige Verknüpfung des Verlegers mit der Zeitung und ihrem Inhalt bewirke, daß die Verleger auch die geistigen Führer ihrer Blätter sein müssen.

Der Reichspräsident hat dem hier zu seiner ordentlichen Hauptversammlung zusammengetretenen Verein deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) folgendes Begrüßungstelegramm geschickt: „Den zur diesjährigen Hauptversammlung vereinten deutschen Zeitungsverlegern übermittle ich meine herzlichsten Grüße und besten Wünsche für den Verlauf ihrer Verhandlungen. Möge Ihre Beratung die deutsche Presse in ihrer Aufgabe, ein wertvoller Faktor im geistigen Leben und in der politischen Auffklärung des Volkes zu sein, festigen und fördern.“

Berlin, 19. Juni. Nach einer dieser Tage erschienenen Tagesmeldung sollen nur noch 58 Deutsche im besetzten Gebiet gefangen gehalten werden. Demgegenüber erfahren die Blätter von unterrichteter Seite, daß sich in den Gefängnissen der französischen Zone immer noch 1457 und denen der belgischen Zone 140, zusammen also 1597 Deutsche befinden.

Weimar, 19. Juni. Im Thüringer Landtag gab der Redner des Landbundes, die sensationelle Erklärung ab, der Thüringer Landbund halte den Anschluß Thüringens an ein anderes deutsches Land, und zwar an Preußen, für unumgänglich notwendig. Die Wirtschaft und die Finanzen Thüringens müßten ins Hintertreffen geraten gegenüber denen anderer Länder, wenn nicht der Anschluß an ein anderes größeres Land vollzogen würde.

Darmstadt, 19. Juni. Im hessischen Landtag kam es zu einem Zwischenfall, der allem Anschein nach nicht ohne politische Folgen bleiben wird. Der Führer der Deutschnationalen, der Abg. Rindt, erhob in der Generaldebatte zum Etat gegen einzelne noch im Amt befindliche Mitglieder der hessischen Regierung den Vorwurf, sie hätten im Jahre 1919 mit dem französischen General Mangin in Mainz über die Bildung eines großhessischen Staates verhandelt, der rechtsrheinisch verankert werden sollte. Die Verhandlungen hätten damals zu keinem Ziel geführt, der Plan selber sei aber nicht aufgegeben, sondern im vorigen Jahre wieder hervorgeholt worden, als die Frage der zukünftigen staatsrechtlichen Gestaltung des besetzten Gebietes zur Debatte stand. Dahinter habe vor allem der hessische Innen- und Justizminister von Brenkano, als dessen Bevollmächtigter der Oberregierungsrat Dr. Streder aus Mainz mit Herrn Livard in Koblenz verhandelt habe, gestanden. Herr von Brenkano, dessen Name in diesem Zusammenhang in der Presse genannt worden wäre, habe damals geschwiegen und die Anschuldigung auf sich sitzen lassen.

Auf der Regierungsbank schien man von diesem Angriff des deutschnationalen Führers überrascht zu sein. Minister von Brentano, der anwesend war, rief dem Abgeordneten Rindt zu: „Unverschämte!“ Der Präsident machte ihn darauf aufmerksam, daß dieser Ausdruck unparlamentarisch sei. Im übrigen schwieg der Minister zu den sachlichen Ausführungen. Dagegen führte im Namen der Regierung Finanzminister Henrich aus, der Abgeordnete Rindt habe das Ansehen der Mitglieder der Regierung und damit das Interesse des Landes in einer Weise geschädigt, die als unerhört bezeichnet werden müsse. Es sei das umso unerhörter, als der Abgeordnete Rindt genau wisse, daß es sich hier um Dinge handle, die nicht öffentlich verhandelt werden könnten und in dieser Form durchaus falsch seien.

### Die politische Lage in Italien

Die Lage beginnt sich nach Umbildung der Regierung auf der jetzigen Basis zu stabilisieren. Die Faschisten hielten zum Gegenstoß aus, indem sie in ihrer Hochburg Bologna eine große Parade von 20 000 Schwarzhemden abhielten. Demgegenüber ist die Haltung der Opposition nicht einheitlich, da die Demokraten nicht den Rücktritt der Regierung und die Auflösung der Kammer verlangen, sondern sich damit begnügen, daß die an der Ermordung Matteottis Schuldigen bis in die höchsten Kreise verfolgt und die Oppositions-Abgeordneten in der Ausübung ihres Mandats geschützt werden. Vor Erfüllung dieser Forderungen wird die Opposition nicht den Monte Citorio betreten, dagegen tritt der Senat am nächsten Dienstag zusammen, um die Erklärung Mussolinis zur Lage und de Stefanis Finanzexposé anzuhören. Wiltsoch treten alsdann sowohl das Reichsministerium unter Mussolini wie auch die Opposition zusammen, so daß alsdann die Entscheidung fällt, ob die Kammer wieder eröffnet wird oder nicht.

Wie den „Basler Nachrichten“ aus Italien gemeldet wird, soll der in der Ermordung Matteottis verwickelte ehemalige Pressechef Rossi auf seiner Flucht über den Großen St. Bernhard nach der Schweiz entkommen sein. Nach einem vergeblichen Versuch, die französische Grenze bei Robane zu erreichen, habe er sich nach Vosta gemeldet und sei im Auto über den erst seit wenigen Tagen schneefrei gewordenen St. Bernhard gefahren. Ein ihn verfolgendes Polizeiauto vermochte ihn nicht einzuholen.

### Kurze Nachrichten

Der Reichskanzler an die Presse. Der Reichskanzler sandte an den Reichsverband der deutschen Presse, der soeben in Bismarcksaal tagt, folgendes Begrüßungstelegramm: „Zu der bedeutsamen Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse wünsche ich von ganzem Herzen besten Erfolg. Zu meinem größten Bedauern bin ich verhindert, an der Tagung persönlich teilzunehmen.“

Die Regierungsbildung in Bayern. Die von allen mit Spannung erwartete Regierungsbildung scheint durch unglückliche Fragen noch immer gehemmt zu sein. Die Schwierigkeiten, bei denen es sich noch hauptsächlich um Personalfragen und die Verteilung der Ressorts handelt, sind noch nicht restlos überwunden. Der Entschluß wird erst in kommenden Woche erfolgen. Der Favorit der bayerischen Volkspartei für den Posten des Ministerpräsidenten nach Ausschaltung aller sonstigen bisherigen Kandidaten ist der frühere Reichsjustizminister Dr. Gumbiner. Dieser hat sich bereit erklärt, die Ministerpräsidentenstelle zu übernehmen. Sollte Gumbiner nicht in Frage kommen, so dürfte ein Wiedererscheinen Dr. v. Klingsing, allerdings mit einem stark veränderten Kabinett, nicht ausgeschlossen sein.

Neue französische Urteile. Nach Blättermeldungen wurden vom französischen Gericht in Landau der Student Ludwig aus Mannheim zu einem Jahre Gefängnis und die Studenten Hergott und Serffling zu je zwei Jahren Gefängnis und je 5000 M. Geldstrafe verurteilt. Auch in Düsseldorf sind zwei französische Kriegsgerichte zwölf junge Leute zu Gefängnis- und hohen Geldstrafen verurteilt worden, weil sie nach der Anlage im besetzten Gebiet verbotenen Jugendorganisationen angehört hätten.

Die Verhandlungen über die Goldnotenbank. Wie das Berliner Tageblatt zu melden weiß, nehmen die Verhandlungen zwischen der Reichsbank und dem auswärtigen Konsortium, das sich an der kommenden Goldnotenbank beteiligt, einen günstigen Fortgang. Der Sitz der Goldnotenbank soll in Berlin, der Präsident ein Deutscher sein. Wenn die Besprechungen zu einem gewissen Abschluß geführt haben, soll in Berlin eine Bankierkonferenz stattfinden.

Durchführung der angekündigten Amnestiemaßnahmen. Einer Blättermeldung zufolge fordert die französische Besatzungsbehörde in Dortmund die Stadtverwaltung auf, unverzüglich Listen der Personen, die von französischen Gerichten verurteilt oder ausgewiesen wurden, einzureichen. Die Dortmund-Stadtverwaltung fordert die Bevölkerung ihrerseits auf, alle zweckdienlichen Angaben zu machen. Auch die Stadtverwaltung in Offen erhielt eine gleichlautende Bekanntmachung. Die Blätter glauben, daß es sich um eine Vorbereitung für die Durchführung der angekündigten Amnestiemaßnahmen handelt.

Zimmer nur Worte. Bei dem Empfang des diplomatischen Korps durch den Präsidenten der Republik sprach der Apostolische Nuntius Peretti als Doyen den Wunsch aus, daß unter dem Präsidium Doumergue die Welt endlich in den Genuß des Friedens kommen möge. Doumergue sagte Lauf für die Glückwünsche des diplomatischen Korps und erklärte, er schloße sich mit besonderem Vergnügen dem von Peretti ausgesprochenen Wunsch an. Den von allen Völkern heiß ersehnten Frieden wünsche wohl keine Nation wie Frankreich so sehr endlich verwirklicht zu sehen. Er erkläre in der Unterfertigung des diplomatischen Korps seinen Geist des Zusammenwirkens und Einbernehmens, der allein den Anbruch der Ära des Wohlstandes auf dem Boden des Rechts und des Friedens beschleunigen könnte, den die Menschheit so sehr sehnt.

Ein Bombenattentat. Während eines Banketts, das die französische Kolonie in Kanton zu Ehren des zu Besuch weilenden französischen Generalgouverneurs von Indochina veranstaltete, warf ein unbekannter Chinese eine Bombe in den Bankettsaal. Der Generalgouverneur blieb unverletzt. Dagegen wurden der Direktor des Kantoner Seidenimporthauses Demarot und seine Gattin, sowie ein Beamter der Nordchinesischen Bank getötet; zwei weitere Teilnehmer wurden tödlich verwundet und vier schwer verletzt. Dem Täter gelang es, zu entfliehen.

Able nationalisistische Methoden. Über eine Unterhaltung, die der Berliner französische Botschafter de Margerie vor seiner Abreise nach Paris zur Berichterstattung bei Herrn Serriot mit dem Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann hatte, werden in der Pariser Sensationspresse sensationelle Nachrichten verbreitet, die den Tatsachen nicht entsprechen. Besonders das „Echo de Paris“ sucht den Sachverhalt in einem Herrn Serriot unglünstigen Sinne auszuweisen, als ob von Dr. Stresemann die Nennung eines genau bestimmten Termins der Nennung verlangt worden sei. Es habe zwischen dem französischen Botschafter und dem deutschen Minister in der letzten Zeit mehrfach Unterhaltungen stattgefunden, wie es bei der allgemeinen Lage und der Wichtigkeit der zur Entscheidung stehenden Fragen selbstverständlich ist. Es bezog sich gerade keines außergewöhnlichen Scherzstimm, um zu erraten, daß in diesen Gesprächen die Nennungsfrage berührt worden ist; sie hat für das deutsche Volksempfinden eine ungeheure Bedeutung, und eine verständnisvolle Haltung Frankreichs würde die großen Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Regierung angesichts der bisherigen Haltung der parlamentarischen Opposition befindet, sehr erleichtern können. Auf beiden Seiten muß vorläufig und leise gearbeitet werden, um weiterzukommen, und in beiden Ländern machen es die Nationalisten zum Geschäft, die Widerstände und Reibungen möglichst zu vergrößern. Dieser Absicht dürfte denn auch die Darstellung des genannten Pariser Blattes von der Unterredung zwischen Botschafter und Minister entspringen; man scheint den Eindruck erwecken zu wollen, als habe es sich dabei um ein Entwerfen — Oder gehandelt, und man möchte Herrn Serriot dadurch innerpolitisch schaden. Diese Methoden sind bekannt genug; sie werden von der Internationalen der Nationalisten überall angewendet.

### Operndirektor Fritz Cortolezis und das Bad. Landestheater

Im Anschluß an die Erwiderung des Herrn Staatspräsidenten auf den Bericht in Nr. 239 des Karlsruher Tagblatts weist der Verwaltungsrat des badischen Landestheaters die erhobene Anschuldigung, als seien für die Kündigung des Vertrags mit Operndirektor Cortolezis parteipolitische Erwägungen maßgebend gewesen, mit Entschiedenheit zurück. Andere als die in dem Kündigungsschreiben angegebenen sachlichen Gründe waren weder direkt noch indirekt für die Stellungnahme des Verwaltungsrats entscheidend. Im übrigen ist der entsprechende Beschluß des Verwaltungsrats einstimmig gefaßt worden. Damit ist bei der Zusammenfassung des Verwaltungsrats dem ausgesprochenen Verdacht von selbst der Boden entzogen.

In den zugunsten Cortolezis veröffentlichten Zeitungsartikeln wird betont, der Genannte habe „am 1. Oktober 1922 einen Vertrag auf Lebenszeit erhalten“. Dem gegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß das Dienstverhältnis des Herrn Cortolezis nicht erst 1922 ein lebenslangliches wurde, daß Herr Cortolezis vielmehr schon im Jahre 1916 von der Hofverwaltung als Hofbeamter lebenslanglich angestellt worden war. Als Hofbeamter mit allen Rechten eines solchen (Lebenslanglichkeit der Anstellung, Pensionsanspruch und Recht auf Hinterbliebenenversorgung) ist er vom badischen Staat bei der Übernahme des Hoftheaters mit übernommen worden. Wegen der Form dieser Übernahme erhob Herr Cortolezis gegen den Badischen Staat Klage. Als prozeßbeendigter Vergleich dieses Rechtsstreits, der im Jahre 1921 vor dem Oberlandesgericht in 2. Instanz anhängig geworden war, kam im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der Anstellungsvertrag vom 1. 10. 1922 zwischen dem Ministerium des Kultus und Inneren (Verwaltungsrat des Bad. Landestheaters) und Operndirektor Cortolezis zustande; der Vertrag regelt in der Hauptsache die dienstliche Stellung des Operndirektors und war nicht berufen, an der früher vereinbarten Dauer des bereits bestehenden Dienstverhältnisses etwas zu ändern.

Daß diese Vorgeschichte des Vertrags von den Sachwallern des Herrn Cortolezis bei den früheren Veröffentlichungen unerwähnt blieb, ergibt ein ebenso unzutreffendes Bild der wirklichen Lage wie die durchaus unsachliche Verschönerung der Tatsache, daß im Verfahren vor dem Württembergischen Landgericht das Gericht die Anträge auf Verbot der Veranstaltung von Dirigentengastspielen und des Abschlusses eines Engagementsvertrags mit einem neuen Kapellmeister abgelehnt hat.

### Neue Kammermusik in Darmstadt und Weinheim

Die sommerliche Konversation über Musik geht weiter. Im Anschluß an das Frankfurter Konzertspektakel hatten die Stadtverwaltung Darmstadt und die Stadt Akademie für Tonkunst zu einer Aufführung von Werken Darmstädter Komponisten im Großen Haus des Hessischen Landestheaters eingeladen. Zuvor hatte Bürgermeister Müller seine zahlreichen auswärtigen Gäste im schon gelegenen Oberwaldhaus in liebenswürdigster Weise begrüßt und glänzend bewirtet. Auch war Gelegenheit zu einem Rundgang durch die Südwestdeutsche Kunstausstellung auf der Matilbenhöhe geboten, wo u. a. mehrere bekannte Karlsruher Künstler neue Werke zeigen, ebenso war noch eine Besichtigung des Schloßmuseums vorgesehen. Die stärkste Anregung des Abends, der in erster Linie ein Bild von der in raschem Aufblühen begriffenen hessischen Akademie vermitteln wollte, ging von einem Streichquartett von Wilhelm Petersen aus. Ist auch dies 11. Streichquartett in einem Satz noch keine geniale Tat zu nennen, so enthält es doch bemerkenswerte Ansätze zu Neuem und verbindet modernmusikalische Erfindung mit gereiftem Können. Auf dem Stand einer besseren Konzeptionsarbeit hält sich dagegen Hermann Heiß' Versuch, für Flöte, Bratsche und Bassklarinete eine Reihe von kleinen Stücken zu schreiben. Die Zusammenstellung der drei Instrumente klingt an sich ebenso absurd, wie der musikalische Stil langweilig, mit Melodie und origineller Erfindung haben beide konstruierte Sachen nichts gemein. Hans Simon, der ein Scharzino und eine dramatische Ballade für Streichquartett aufzuführen lieh, steht noch so hörbar im Wahn von N. Strauß, daß man von Eigenem kaum zu sprechen vermag. Positiv ist allerdings die technische Beherrschung der Ausdrucksmittel anzumerken. Eine Violinsonate von Adolf Busch, der jetzt bekanntlich seinen Wohnsitz in der hessischen Residenz aufgeschlagen hat, bietet dem Geiger dankbare Gelegenheiten, sein Können nach jeder Richtung zu zeigen. Musikalisch verarbeitet diese G-dur-Sonate keinerlei neue Ideen, dann und wann vernimmt man Anklänge an Beeger, genau so wie ein neuer Niederzucker von Arnold Mendelssohn in der Trippelwelt lebt und webt, ohne aus solch leicht erkennbaren Grenzen zu wirklich Neuem vorzuschreiten! Einen fähigen Gedanken hatte Bobo Wolf, der eine grotesk-fantastische Sinfonietten für Singstimmenorchester schreiben wollte. Leider ist aber die tatsächliche Durchführung weder grotesk noch fantastisch, sondern lieblosfelmäßig, dem belanglos spekulativen Durchschnittswerk fehlt jede tiefere humoristische Begründung. Immerhin stellt der Abend der Stadt Akademie der Tonkunst kein ungünstiges Prognostikon, denn schöpferische Kräfte sind vorhanden, möchte auch Einiges von dem Gehörten sich als gründlich veraltet präsentieren oder als noch unvollkommen erweisen.

Auf jeden Fall ist es anzuerkennen, daß in Darmstadt nun auch konsequent und programmatisch sich ein Kreis für die Moderne einstellt. Um die Wiedergebete der verschiedenen Werke machte sich neben Solisten des Theaters und neben den Musikern besonders das Trumm-Quartett und das Schürerbusch-Quartett verdient.

Das Städtische Weinheim an der Bergstraße geht seit Jahren energisch und bewußt seine eigenen Wege in der Musikpflege, es verpönt auch den Drang, nach außen zu zeigen, auf welcher Höhe sein Musikleben steht. Schon im letzten Sommer hatte es daher auswärtige Besucher zu einer größeren musikalischen Veranstaltung gelockt. In den Tagen vom 18. bis 20. Juni ließ nun der dortige Kammermusikverein sein zweites Musikfest folgen mit teilweise recht anspruchsvollem Programm. Bedenklich war vor allem die deutsche Erstaufführung des III. Klavierkonzerts C-dur op. 26 von S. Prokofjew durch Professor Alexander Borowsky, den man auch bei uns als hervorragenden Pianisten schätzte. Das vom Mannheimer Nationaltheater-Orchester unter Generalmusikdirektor Hermann Abendroth (Köln) begleitete Werk unterrichtete zwar wenig den solistischen Charakter des Klaviers, läßt aber doch aus der sehr klar durchdachten Partitur es immer kraftvoll hervortreten. Die drei Sätze enthalten sehr schöne Gedanken, sind raffig aufgebaut und auch klavieristisch wirkungsvoll, wenn sie von einem so eigenartigen und eminent musikalischen Spieler wie Prof. Borowsky interpretiert werden. Die technischen Schwierigkeiten sind unerhört. Das Werk verdient durchaus die starke Beachtung, die es bei seiner Erstaufführung fand, dagegen scheint mir bei der Originalbearbeitung für Klavier von Stravinsky's „Petruschka“, obwohl der Pianist dessen drei Nummern in ganz spezifischem Sinn ausdeutete, kein zwingender Grund vorzuliegen, um das Werk zu weiteren Aufführungen in deutschen Konzerten zu empfehlen. Smetana's reizende Overtüre zur „Verkauften Braut“ und Beethoven's fünfte Unrahmen diesen ersten Abend, dem zwei weitere Konzerte desKriegs-Quartetts (Mannheim) und des Klavier-Quartetts folgten. Wie die Mannheimer Vereinigung den vorgesehenen Werken (u. a. Ernst Lohs Streichquartett über den Namen „Wah“ und dem e-moll-Klavierquartett von Brahms mit Pauline Bachschütz am Flügel) an minutiösen Feinheiten noch einiges schuldig, so überraschten die vier jungen Böden durch eine umso lebendigere und vornehmlich rhythmisch beschwingte Wiedergabe von Smetana's „Aus meinem Leben“. Ihre allem Ergrünsteln fernstehende, natürliche Darstellung verhalf auch einem Quartett von R. Kowal zu schönem Erfolg. Nach Schubert's op. posth., das sie mit charakteristischer Souveränität spielten, wollte der Beifall kein Ende nehmen. Einem Klavierabend von Prof. Borowsky folgte einem im Freien vorgegebenen Serenadenabend, der unter Emil Kahn's Leitung seltene Werke von Mozart, Strauß und Dvorak bringen sollte, konnte ich leider nicht mehr anwohnen.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

### Nach keine Entscheidung wegen des Gebäudesondersteuer-Gesetzes

Wie schon mitgeteilt, trat gestern der Haushaltsausschuss wieder zu einer Vollstufung zusammen, um zu einem etwaigen Ergebnis des Unterausschusses Stellung nehmen zu können. Ein bestimmtes Ergebnis war jedoch nicht erzielt worden. Wohl lagen Anträge des Unterausschusses vor, die aber auch dort bei den Abstimmungen nur mit bestimmten Mehrheiten, entsprechend der Stellung im Hauptausschuss gefasst wurden. Die Sozialdemokratie brachte nur den schriftlichen Antrag ein, die prinzipielle Entscheidung über die generelle Freilassung der Landwirtschaft aufzuheben.

Das Zentrum stellte, entsprechend seiner bisherigen Stellungnahme, Ergänzungsanträge.

Über den sozdem. Antrag entspann sich eine stundenlange „Geschäftsordnungsdebatte“, ohne daß er zur Abstimmung, also zur prinzipiellen Stellungnahme kam.

Die Regierung legte neues Zahlenmaterial zum Umbau der Grund- und Gewerbesteuer vor, und betonte hierbei, daß dieses Material, wie das bereits übergebene und teilweise auch veröffentlichte, keinen bestimmten Vorschläge der Regierung seien, sondern nur Material, entsprechend den im Ausschuss vorgetragenen Wünschen und Anregungen.

Die Weiterberatung wurde sodann zur Stellungnahme der Ausschussmitglieder unterbrochen, um bei Wiedereröffnung am Nachmittag sofort wieder abgebrochen zu werden, behufs Beratung der gegebenen Lage in den Vollstufungen der einzelnen Fraktionen, besonders des Regierungsmaterials.

### Kritik einer Eingabe an den Landtag

Bei der Beratung der Gebäudesondersteuer im Haushaltsausschuss wurde u. a. der Einlauf einer Eingabe der Handelskammer Freiburg bekannt gegeben. Die Eingabe enthält derart schwere Vorwürfe gegen die an der Vorlage beteiligten drei Minister, daß die Frage aufgeworfen wurde, ob diese Eingabe nicht nach § 49 der Geschäftsordnung für den bad. Landtag als ungebührlich zurückgewiesen werden müsse. Die Eingabe fand auf allen Seiten scharfe Mißbilligung! Sie habe das zulässige Maß der Kritik weit überschritten. Auch der republikanische Landtag, betonte ein Zentrumredner, brauche sich nicht gerade alles gefallen zu lassen.

Der sozialdemokratische Redner sagte, daß dieselben Kreise früher dem Landtag eine derartige Behandlung nicht zu bieten wagten. Die Beratung der Vorlage sei einfach abzulehnen.

Ein weiterer Zentrumredner stellte den Antrag, die Eingabe an den Verfasser zurückzugeben. Man hätte von Leuten mit Bildung etwas anderes erwarten sollen.

Der lib. volksparteiliche Redner lehnte die Form der Eingabe ebenfalls ab, stimmte aber zu, durch Rückgabe die Möglichkeit zu geben, die Form zu ändern.

Der Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigung und der Hausbesitzer war für die Beratung der Eingabe und erklärte, daß im alten Staat solche Gesetze auch nicht gemacht worden wären!

Der Staatspräsident erklärte, daß es für die Regierung unmöglich sei, die Eingabe überhaupt zu behandeln und sich mit ihr in der vorliegenden Form zu beschäftigen.

Der Antrag, die Eingabe der Handelskammer Freiburg nicht zu behandeln, die Form derselben zu beanstanden und sie zurückzugeben, wurde mit allen Stimmen gegen 2, bei 1 Enthaltung angenommen. Dagegen stimmte der Landbund, die wirtschaftliche Vereinigung, enthalten hat sich die kommunistische Vertreterin.

### Kommunale Rundschau

DZ. Der Karlsruher Bürgerausschuss wird sich in seiner demnächstigen Sitzung mit mehreren Vorlagen über den Verkauf städtischer Grundstücke zu Wohnungsbauten befassen, außerdem mit dem Erneueren von Grund und Boden in den Vororten. Das neuermannte Areal fällt in das Hafengebiet und Stadterweiterungsgebiet. — Aus Anlaß des Auscheidens des Bürgermeisters Dr. Hofmann und im Zusammenhang mit dem Beamtenabbau soll der Versuch gemacht werden, mit der Zahl von drei stellvertretenden Bürgermeistern auszukommen. Der Stadtrat unterbreitete dem Bürgerausschuss eine dahingehende Vorlage. Er setzt sich demnach mit Wirkung vom 1. August d. J. wie folgt zusammen: Oberbürgermeister, 3 Bürgermeister und 24 ehrenamtlich tätige Stadträte.

Die Mannheimer Indexziffer. Laut Mitteilung des Mannheimer Städt. Nachrichtenamts beträgt die vom Preisprüfungsamt für den 18. Juni berechnete Teuerungszahl (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) 134 200 Milliarden Papiermark. Setzt man die entsprechende Bezugszahl (114,69 Mark) gleich 1, so erhält man die Indexziffer 1171,1 Milliarden. Da am 11. Juni die Indexziffer 1129 Milliarden betrug, ist vom 11. bis 18. Juni ein Anstieg um 1,8 Prozent eingetreten. Legt man die Goldmarkpreise zugrunde, so ergibt sich nach den Preisen vom 18. Juni die Goldmarkindexziffer 117,1 (1913/14 gleich 100) gegen 119,9 am 11. Juni. Die Steigerung ist auf die Ermäßigung der Gemüsepriese zurückzuführen.

DZ. Der Stadtgemeinde Offenburg ist es in der letzten Zeit möglich gewesen, teils durch Kauf, teils durch Verkauf, eine Reihe von Grundstücken zu erwerben, die für die Stadt zu tätigen. Die diesseitigen Bemühungen, ein Anlehen für die neuen Wohnungsbauten aufzubringen, sind ergebnislos verlaufen. Deshalb hat der Stadtrat beschlossen, um mit dem Neubau beginnen zu können und wenigstens einen Teil in diesem Jahre fertigzustellen, den Versuch zu machen, von Wohnungsuchenden Pauschalzinsen zu erhalten gegen Zusage einer Wohnung. Die Beiträge sollten etwa 1000 M. für 1 Zimmer betragen. — An Stelle des ausgeschiedenen Stadtrats Dr. Krieg ist Handelskammerdirektor Jörn berufen worden. Die Diener der Stadt aus dem Elektrizitätswerk Mittelbaden be-

trägt für 1923 8500 M. Nachdem die Lehrgelder und Stipendienstiftungen infolge Geldentwertung ihr Vermögen verloren haben, werden in den Voranschlag 1924 zunächst 2500 Mark eingestellt zur Gewährung von Beihilfen und Vorschüssen an begabte, bedürftige Studierende. — Die Milchhändlervereinigung hat an den Stadtrat ein Gesuch eingereicht zwecks Beteiligung an der Milchzentrale. Der Stadtrat beschloß, die Milchzentrale als reinen städtischen Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Gründung eines gemischtwirtschaftlichen Betriebs oder einer G. m. b. H. wurde endgültig abgelehnt. Der Voranschlag 1924 sieht eine Umlage von 60 Pf. von 100 Mark Steuerwert vor. Die Voranschlagsberatung wird im letzten Drittel des Monats Juli im Bürgerausschuss stattfinden. — Es besteht Hoffnung, daß in den bisherigen Verkehrsbeschränkungen in absehbarer Zeit Erleichterungen eintreten.

Die Finanzen der Stadt Singen a. S. Der für 1924/25 aufgestellte Voranschlag sieht an Ausgaben vor 336 000 Goldmark, an Einnahmen 359 000 M. Der Minderertrag muß durch Gemeindesteuern gedeckt werden. Um den Fremdenverkehr zu heben, soll rückwirkend vom 1. Juni ab die Fremdensteuer von 15 auf 10 Proz. ermäßigt werden.

Konstanzer Gemeindevoranschlag. Der Bürgerausschuss-Sitzung am 16. Juni lag oder städtische Voranschlag 1924/25 zur Beratung vor. Der Oberbürgermeister Dr. Moser besprach in längerer Ausführungen eingehend die finanziellen Aufgaben der Stadt. U. a. wies er darauf hin, daß die Mehrheit des Stadterordnetenverbandes der Überzeugung ist, daß aus den herztigen in Baden üblichen Miteinnahmen der Hausbesitz die ihm zufallende Umlage in doppelter Höhe gegen 1914 nicht aufbringen könne. Deshalb werde der Antrag gestellt, der Bürgerausschuss solle beschließen, daß die Umlage 1924/25 als Betriebskosten auf die Wohnungsinhaber umgelegt werden darf. In seinen Einzelansführungen widersprach der Oberbürgermeister den beantragten Erhöhungen, an dem für Lehmittel an der Volksschule eingelehten Betrag. Aus seinen Ausführungen über die finanzielle Lage des Theaters ist zu entnehmen, daß es dem Direktor durch die Art der Führung des Theaters gelungen ist, geschäftlich so abzuschneiden, daß er auf den Zuschuß im nächsten Winter voraussichtlich verzichten könne.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Schutz gegen Einbruch und Diebstahl

Dieser Tage fanden vor dem Karlsruher Schöffengericht zwei Prozesse statt, die bezüglich sind für die außerordentliche Notwendigkeit, die mechanische und elektrische Sicherung, mit der heute das Verbrechen bei Einbrüchen und Diebstählen „arbeitet“. Bei dem einen Fall handelte es sich um eine Einbrecher- und Heberbande, die in Karlsruhe nicht weniger als 26 Kellererbrüche verübt hatte, in den anderen um einen „schweren Jungen“ schändlicher Art, der bei seinen Einbrüchen nach einem sorgfältig angelegten Plan mit ungläublicher Kaltschnelligkeit und oft verblüffender technischer Fertigkeit vorgeht. Am Tage schlenderte er durch die Straßen, probierte mit Dietrichen, die er ständig bei sich trug, die Haustüren und sonderbare dann am hellen Tage den von ihm ausgesuchten Einbruchsort. Patentschlösser wurden von ihm mit Leichtigkeit geöffnet, wo die Nachschlüssel nicht halfen oder ihm die Öffnung der Türen zu lange dauerte, ging er einfach mit Stemmzweigen an die Arbeit und brach die Türen, die nicht besonders gesichert waren, mit Gewalt auf.

Der Kampf gegen dieses oft mit den neuesten Erfindungen der Technik arbeitende Verbrechen kann erfolgreich nur durchgeführt werden, wenn Polizei und Gendarmerie in weitgehendem Maße von allen Kreisen der Bevölkerung unterstützt werden und wenn diese selbst dafür sorgen, daß ihre Wohn- und Fabrik-, Geschäfts- und Lagerräume mit wirklich zuverlässigen mechanischen oder technischen Sicherungen gesichert sind. Die dem Badischen Landesstriminalmuseum angegliederte Beratungsstelle zum Schutz gegen Einbruch und Diebstahl hat sich die Aufgabe gestellt, Verständnis und Aufklärung über den Schutz gegen das Verbrechen in weitgehendem Maße zu verbreiten und allen interessierten Kreisen durch unentgeltliche und unparteiische Auskunft an die Hand zu gehen. Diesen Zweck diente auch ein Vortrag, der am Dienstag mittig vor einem geladenen Kreise von Fachleuten des Schlossergewerbes und der elektrischen Installation stattfand. Der Vortrag war — ein Zeichen für das besondere Interesse, das den Beratungen der Beratungsstelle entgegengebracht wird — sehr gut besucht. Nachdem der Leiter des Landesstriminalmuseums Gendarmerie-Oberleutnant Dietz die Erschienenen begrüßt und auf Zweck und Ziele der Beratungsstelle hingewiesen hatte, sprach Diplomingenieur Heine vom Badischen Landesgewerbeamt an Hand einer großen Zahl von Lichtbildern über die verschiedenen Arten der Abwehrvorrichtungen. Der erste Teil des Vortrages beschäftigte sich mit den mechanischen Sicherungen, die ein unbefugtes Eindringen in verschlossene Räume verhindern sollen. Hierbei wurden in klarer und überzeugender Weise die Vorzüge und Nachteile der einzelnen Vorrichtungen und Systeme durchgesprochen. Der Redner hob dabei besonders hervor, daß Schlösser mit einer bis vier Zubaltungen heute nicht mehr als einbruchsfähig bezeichnet werden können; die Anzahl der Zubaltungen soll mindestens 8 betragen. Er verbreitete sich dann weiter über den Schutz von Fenstern und Türen, über die Anlagen von Rollläden, Rollläden, Rollläden u. a. Im zweiten Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich Diplomingenieur Heine mit den elektrischen Abwehrvorrichtungen, die den Zweck haben ein unbefugtes Eindringen anzuzeigen. Hierbei gehören die verschiedenen Systeme der elektrischen Lautwerke, die ebenfalls eingehend erklärt wurden. Zum Schluß ging der Vortragende auch kurz auf Selbstenfernungsvorrichtungen, sowie auf die Laufschrittmotoranlagen ein. Der außerordentlich belehrende und anregende Vortrag wurde dann noch ergänzt durch die praktische Vorführung der in der Beratungsstelle des Landesstriminalmuseums aufgestellten verschiedenen Schutzvorrichtungen und Apparate. Hier hatte Verwaltungssinspektor Darr die Erläuterung übernommen.

Die bevorstehende Preiszeit mahnt gegenüber dem Verbrechen zu besonderer Vorsicht. Die längere Abwesenheit eines Teiles der städtischen Bevölkerung von Haus und Herd machen sich die Einbrecher erfahrungsgemäß besonders zunutze. Bei der Anlage von Schutzvorrichtungen empfiehlt es sich dringend einen Fachmann zuzuziehen. Unentgeltliche und unparteiische Auskunft über Tür- und Fenstericherung usw. erteilt, wie schon betont, die Beratungsstelle zum Schutz gegen Einbruch und Diebstahl, Karlsruhe, ehemalige Grenadierkaserne — Eingang Blücherstraße — schriftlich und mündlich. Sprechstunden finden Dienstags und Donnerstags von 10—12 Uhr statt. Auf vorherige Anmeldung auch an anderen Wochentagen. Von dort kann auch das Merkblatt „Wie schütze ich mich gegen Einbruch und Diebstahl“ gegen Erstattung der Portokosten (Druckfache) unentgeltlich bezogen werden.

80. Geburtstag. Der frühere Hoftheater-Intendant Dr. Albert Büllin, feierte gestern seinen 80. Geburtstag. Die Zeitungen der verschiedenen Parteirichtungen nahmen diesen Tag zum Anlaß, um Dr. Büllins Lebenswerk darzustellen. Auch wir möchten nicht verschonen, dem verdienten Namen unsere Glückwünsche auszusprechen.

Von der Technischen Hochschule. Der ordentliche Professor der physikalischen Chemie und Elektrochemie Dr. Georg Fredig an der Technischen Hochschule Karlsruhe, ist zum außerordentlichen Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften gewählt worden.

Der badische Kunstgewerbeverein e. V., Sitz Karlsruhe, hielt am Mittwoch nach zweijähriger Pause, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt war, seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Wiederwahl des ersten Vorsitzenden Oberbaurat Prof. Dr. Billing und nach Erledigung geschäftsordnungsgemäßer Angelegenheiten, entspann sich eine lebhafte Aussprache über die Wiederbelebung und den Neuaufbau der gesamten Tätigkeit des einst fruchtbarsten Kunstgewerbevereins. Hierbei kam lebhaft zum Ausdruck, daß gerade bei der wirtschaftlich schweren Zeit eine Befruchtung idealer Anregungen dringend notwendig ist, um danach das gesamte Handwerk wieder in Bahnen zu führen, die der künstlerischen Kultur unserer Zeit entsprechen. Erziehung zur Leistungsbereitschaft, die auf strengster handwerklich technischer Grundlage im besten Sinne kunstgewerblich sein muß, soll das vornehmste Ziel der führenden Kräfte sein. So dürfte bei erstem Willen dem Kunstgewerbeverein in Baden und speziell in Karlsruhe ein weites Ziel gesetzt sein. Anschließende an auswärtige ähnliche Vereine und Verbände wurden gestreift und Mitarbeit im Rahmen der gesamten deutschen Reformbestrebungen angeregt. In die Generalversammlung, der auch ein Vertreter des Kultusministeriums in dankenswerter Weise anwohnte, schloß sich ein gemeinsames Essen mit musikalischen Darbietungen.

Die Post führt zum 1. Juli den Zeitungsdienst mit Italien wieder ein. Sämtliche Postanstalten nehmen daher von jetzt ab Bestellungen auf italienische Zeitungen entgegen. Die in Italien erscheinenden wichtigeren Zeitungen sind in dem achten Nachtrag zur Zeitungs-Preisliste aufgeführt.

Beratung einer amerikanischen Briefpost für Deutschland. Auf dem Dampfer Belgeland der Ned Star Line haben Angehörige der Schiffsbesatzung einen am 8. Mai von New York abgehenden Briefbeutel mit Einschreibebriefen für Bremen-Hannover während der Fahrt von New York nach England geöffnet und beraubt. Bei der Feststellung des Inhalts durch das Postamt in Plymouth waren von den 928 Einschreibebriefen, die der Beutel enthalten sollte, nur noch 900 vorhanden. 392 Briefe hatten die Diebe geöffnet. Es handelt sich um Sendungen, die in den Vereinigten Staaten von Amerika von Ende April bis 8. Mai zur Post gegeben worden sind.

Die große deutsche Gastwirt-Ausstellung, die in den Räumen der Städtischen Ausstellungshalle untergebracht ist, wurde gestern nachmittag in Anwesenheit von Vertretern der Staats- und städtischen Behörden eröffnet. Die Ausstellung ist in allen ihren Teilen vollständig fertiggestellt. Zur Eröffnung selbst war neben auswärtigen Vertretern und hiesigen Mitgliedern eine große Zahl offizieller Persönlichkeiten erschienen. Von der badischen Staatsregierung waren zugegen Staatspräsident Dr. Köhler, Justizminister Traut, Innenminister Kemmel; der badische Landtag war vertreten durch Landtagspräsident Dr. Baumgartner; die Stadtverwaltung durch Oberbürgermeister Dr. Finter, den Ehrenvorsitzenden der Tagung, und durch einen großen Teil der Stadträte und Stadtverordneten aller Fraktionen. Nach dem prachtvollen Begrüßungsvortrag „Das ist der Tag des Herrn“ vom Chorleiter des Landesbühnenvereins Karlsruhe, der Leiter der gesamten vorbereitenden Arbeiten, Restaurateur Wilhelm Reider, das Wort, begrüßte den Staatspräsidenten und den Oberbürgermeister und sprach den innigsten Dank aus an alle, die mitgewirkt hatten an der Gestaltung der Ausstellung, besonders aber den staatlichen und städtischen Behörden für ihre wohlwollende Unterstützung. Oberbürgermeister Dr. Finter bemerkte in seinen Ausführungen, daß die ganze Bevölkerung der Stadt Karlsruhe sich der großen Bedeutung der Gastwirtstagung bewußt sei und sich darauf gerüstet habe, die Gäste gebührend zu empfangen. Es sei ein ausgezeichnetes Gedanke der Leitung gewesen, dem ganzen Walle durch eine Ausstellung Gelegenheit zu bieten, zu sehen, was die Industrie und das Gewerbe auf den verschiedenen Gebieten zu leisten vermögen. An den Eröffnungsgast schloß sich ein Rundgang durch die reichhaltige und sehenswerte Ausstellung.

# Landesfeuerwehrverband, Kreisverband 8. Am Donnerstag mittig fand im „Goldenen Adler“ eine Kreisversammlung des Kreises 8 statt. Der Kreisvorsitzende, Oberkommandeur Heuser, eröffnete mit einer Begrüßung der Abgeordneten die Sitzung. Der hohen Kosten wegen wurden die Sitzungen des Landesauschusses als auch diejenigen der Landesunterstützungskasse verringert. Es finden demnach jährlich nur eine Sitzung sämtlicher Abgeordneten statt. Die Haftpflichtversicherung wurde von der Landesfeuerwehrunterstützungskasse übernommen. Der Kreisverband zählt 97 Wehren mit rund 8000 Mitglieder. Die nächste Kreisversammlung findet am 17. August in Walsch statt. Den Kassenbericht erstattete der Kreisassessor Schönher. Die Beitragsfrage fand dabei ihre Erledigung, daß der Kreisbeitrag 20 Pf. und der Landesbeitrag 30 Pf. beträgt. Regier-Vorjahr brachte die Unterstützungssätze der Landesfeuerwehrunterstützungskasse zur Sprache. Die Diäten der Abgeordneten werden mit 10 M. nebst 2 M. Fahrgehalt für 1924/25 festgesetzt. Der Kreisassessor soll ebenfalls eine Entschädigung für seine Mitwirkung erhalten.

### Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Eberbach, 18. Juni. Am Sonntagabend kam der 42-jährige Arbeiter Ludwig Rechner unter den Anhängern eines Lastautos und wurde so schwer verletzt, daß er alsbald im Krankenhaus starb.

DZ. Heidelberg, 18. Juni. Die Erziehungsanstalt Schwarzhof feiert am 22. Juni ihr 25jähriges Jubiläum.

DZ. Freiburg, 20. Juni. Der Gesangverein Concordia blüht in diesen Tagen auf sein 70jähriges Bestehen zurück.

DZ. Singen, 17. Juni. In ihrer letzten Mitgliederversammlung hat die Scheffelgemeinde auf dem Hohenwiel zu der Wiederaufnahme des Steinbruchbetriebes am Hohenwiel Stellung genommen und eine Entschädigung gefordert, in der sie im Namen des Deutschen Scheffelbundes und im Namen sämtlicher Heimatverbände gegen die Wiederaufnahme des Steinbruchbetriebes auf dem Hohenwiel Protest erhebt und darauf hinweist, daß dieser schonste zweigipflige Berg Deutschlands als unersehbare einig dastehende Bergform nicht den Vernichtung preisgegeben werden darf.

herausragend bewährt bei:

<b>Jogal</b>	Gicht	Grippe
	Rheuma	Nerven- und
	Jochsch	Kopfschmerzen

Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus.  
Klimisch erprobt — In allen Apotheken erhältlich.  
Best. 64,3% Acid. acet. salic., 0,406% Chinin, 12,6% Lit., ad 100 Amyl.

DZ. Lörrach, 18. Juni. Der etwa Mitte der Fünfzigerjahre stehende, in Lörrach-Stetten wohnhafte Schreiner Konrad Meyer, der in letzter Zeit in Basel beschäftigt war, kam gestern abend von der Arbeit nicht nach Hause. Heute gegen Mittag erhielten nun die Angehörigen seitens der Behörden die Mitteilung, daß die Leiche Meyers in Nebenarmen der Landesgrenze aus dem Kanal gezogen wurde, wo sie an dem Necken der Wäldfabrik hängengeblieben war. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht genau bekannt. Es ist noch nicht festgestellt, ob sich der Unfall auf schweizerischem oder auf badischem Boden zutrug.

DZ. Donaueschingen, 18. Juni. Am 11. August findet hier die diesjährige Hauptversammlung des Landesblenzuchtvereins statt. Der hiesige Bezirks-Vienenzuchtverein verbindet damit die Feier seines 50jährigen Bestehens, aus welchem Anlaß in den Tagen vom 9. bis 11. August eine vönerwirtschaftliche Ausstellung hier stattfindet.

DZ. Radolfzell, 18. Juni. Das Hochwasser, das jetzt das ganze Hafengebiet überschwemmt hat, hat die Zollbehörde gezwungen, ihre Dienststelle vorübergehend zu verlassen, da dieselbe rings von Wasser umgeben ist, welches bereits auch schon in die Räume eingedrungen ist. Die Beamten haben inzwischen in einem Gepäckschuppen der Eisenbahn eine Unterkunft gefunden und verrichten von dort aus ihren Dienst.

DZ. Talsersdorf (Amt Überlingen), 18. Juni. Dieser Tage brannte das Wohn- und Ökonomiegebäude des Landwirts Bernhard Stengele von hier völlig nieder. Während das Vieh gerettet werden konnte, fiel ein Teil der Ferkelställe dem Flammen zum Opfer. Es wird Brandstiftung vermutet.

### Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	20. Juni		18. Juni	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam	1 571 100	1 578 900 <sup>100</sup>	1 568 600	1 576 400 <sup>100</sup>
Kopenhagen	708 200	711 800 <sup>100</sup>	706 700	710 300 <sup>100</sup>
Stapel	181 000	182 000 <sup>100</sup>	181 500	182 500 <sup>100</sup>
London	18 205 000	18 295 000 <sup>100</sup>	18 105 000	18 195 000 <sup>100</sup>
New York	4 190 000	4 210 500 <sup>100</sup>	4 190 000	4 210 500 <sup>100</sup>
Paris	223 400	224 600 <sup>100</sup>	223 400	224 600 <sup>100</sup>
Schweiz	739 100	742 100 <sup>100</sup>	739 100	742 900 <sup>100</sup>
Bras	123 700	124 300 <sup>100</sup>	123 700	124 300 <sup>100</sup>
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 <sup>100</sup>	58 900	59 100 <sup>100</sup>

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung Die Fleischversorgung.

An die Landeskommissäre, Bezirksämter und Bürgermeister:

Die Steigerung des Angebots von Schlachtwiech hat es möglich gemacht, durch Verordnung von heute die den Metzger zur Schlachtung im eigenen Gewerbebetrieb erteilte Viehhändlerlaubnis zum unmittelbaren Ankauf der in der Erlaubnisurkunde bezeichneten Viehgattungen beim Viehhalter auf das ganze Land zu erstrecken. Den in diesen Erlaubnisurkunden enthaltenen örtlichen Beschränkungen auf bestimmte Bezirke oder Gemeinden kommt also eine Bedeutung nicht mehr zu. Keine Anwendung findet diese Erleichterung auf Metzger, die Genehmigung haben, Vieh auch zum Weiterverkauf anzukaufen oder das für den eigenen Gewerbebetrieb angekaufte Vieh wieder zu verkaufen.

Karlsruhe, den 18. Juni 1924.  
Der Minister des Innern  
Kemmele

### Städtisches Konzerthaus.

(Vorstellung des Badischen Landestheaters.)  
Sonntag, 22. Juni. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—10 Uhr. Park. I. M. 4.00.  
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7801—8000.

Drittes u. letztes Gastspiel des Russisch-Deutschen Theaters.  
**Der blaue Vogel.**

### Badische Bank.

Die Aktionäre werden hiermit zu der am  
**Montag, den 14. Juli 1924, vormittags 11 Uhr,**  
in unserem Bankgebäude in Mannheim stattfindenden  
**54. ordentlichen Generalversammlung**

eingeladen. D. 408

#### Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1923 nebst Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats. Vortrag des Berichts der Revisions-Kommission über die Prüfung der Jahresbilanz.
  2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinn-Verwendung für das Geschäftsjahr 1923, sowie die Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes. Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder des Aufsichtsrats für Mithewaltung im Jahr 1923.
  3. Wahl der Revisions-Kommission.
  4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
- Regulärlich der Teilnahme an der Generalversammlung wird auf Art. 36 letzter Absatz der Statuten verwiesen und bemerkt, daß seitens der Aktionäre der Ausweis über ihren Aktienbesitz durch Vorzeigen der Aktien und Überreichung eines Nummernverzeichnis an den Kassee der Bank in Mannheim und Karlsruhe oder durch Hinterlegung der Aktien bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Frankfurt a. M. oder bei dem Banhaus E. Radenburg in Frankfurt a. M. oder bei einem Notar, oder in sonstiger dem Vorstand genügend erscheinender Weise bis zur vorgeschriebenen Frist zu geschehen hat.  
Mannheim, den 20. Juni 1924.  
Der Vorstand.

### Sofortige Gewinn-Auszahlung

Losbrief-Lotterie für bad. Rotes Kreuz und Säuglingsfürsorge D. 368

Gesamt-Gewinne **25 000** Renten-Mark

Lospreis je 1 G.-M., Porto 15 Pfg. extra. Zu haben bei Lotterie-Unternehmer

**J. Stürmer, Mannheim, O. 7, 11** und allen Lotterie-Geschäften

Postscheckkonto: 17043 Karlsruhe

### Bekanntmachung.

Die städt. Straßenpolizeiordnung betr.

Gemäß §§ 23 Abs. 1 und § 41 Abs. 1 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 und 18. April 1924 § 366<sup>100</sup> Reichs-Strafgesetzbuch und 23, 25 des Polizei-Strafgesetzbuches wird nach Zustimmung des Stadtrats und nach erfolgter Vollziehbarkeitsklärung durch den Herrn Landeskommissär mit sofortiger Wirkung nachstehende

erlassen. „Ortspolizeiliche Vorschrift“

§ 41 der städt. Straßen-Polizeiordnung erhält folgende Fassung:

§ 41. Auf der Fahrbahn der nördlichen Parallelstraße der Kaiserallee ist der Durchgangsverkehr zwischen der Südlichen Gildapromenade und der Handelstraße für die Kraftfahrzeuge aller Art verboten.

II. § 25 der städt. Straßen-Polizeiordnung erhält folgenden Abs. 3 und 4:

Absatz 3. Fuhrwerke, Wagen und Kraftfahrzeuge aller Art und Radfahrer dürfen an haltenden Straßenbahnwagen nicht links vorbeifahren.

Absatz 4. Fuhrwerke, Wagen und Kraftfahrzeuge aller Art und Radfahrer haben an haltenden Straßenbahnwagen an der Aussteigseite langsam vorbeizufahren. Kann hierbei nicht genügend Raum für ein unbedingtes Ein- und Aussteigen der Fahrgäste gelassen werden, so ist bis zur Abfahrt des Straßenbahnwagens anzuhalten.

Karlsruhe, 18. Juni 1924. D. 73.

Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Buchdruckerei und Verlag  
**G. Braun & Co.**  
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag  
Karlstraße 14  
Karlsruhe

Modern eingerichtete  
leistungsfähige Buchdruckerei

Herstellung von  
Werken, Zeitschriften  
und Drucksachen  
jeder Art

Schnelle und sorgfältige Ausführung

**Metallbetten**  
Stahlmatr., Kinderbett, direkt  
an Private, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Sulz (Ehrh.)

**Gutgehende Wirtschaft**  
zu mieten gesucht. Off.  
an **Karl Born, Germers-**  
**heim a. Rh., Villenstr. 348.**

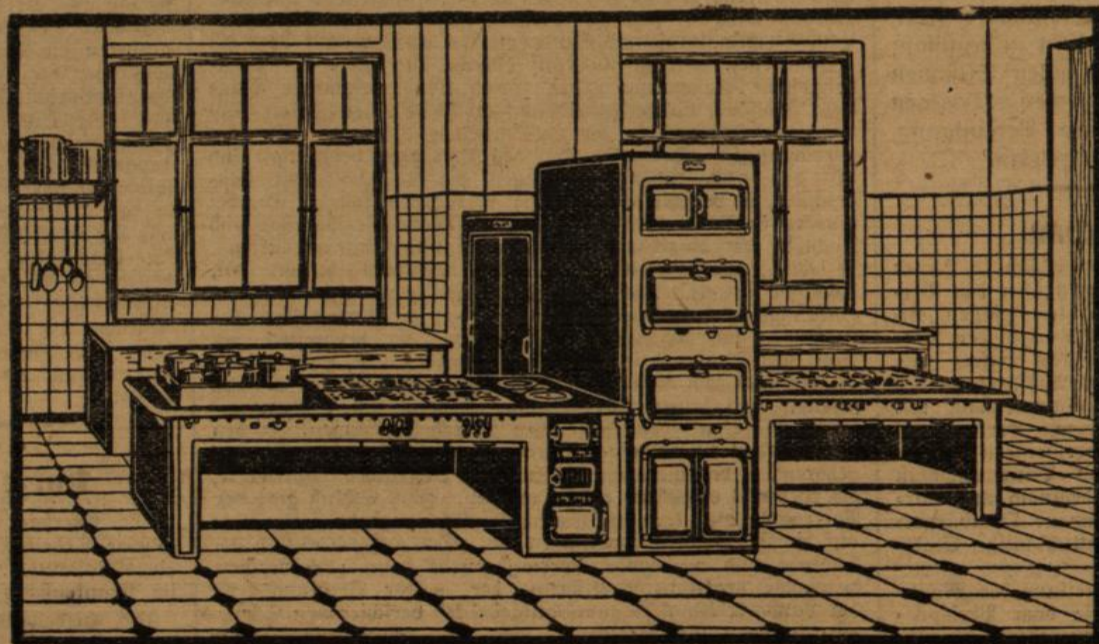
Eiserner Wasserurm für  
den Abstellbahnhof Frei-  
burg mit 100 cm Fass-  
ungsraum und 10 m Ge-  
rühöhe nach der badischen  
Finanzministerialverord-  
nung vom 3. Januar 1907  
öffentlich zu vergeben. Be-  
dingnisheft liegt im Dienst-  
zimmer Nr. 5 unserer  
Dienststelle zur Einsicht  
auf, woselbst auch Abgabe  
der Angebotsordrude nebst  
der Kostenaufteilung gegen  
Erlattung der Selbstkosten  
von 2 M. Verband nach  
auswärts nur gegen ge-  
bührenfreie Voreinendung  
eines Betrages von 2 M.  
Ausgefüllte Angebote samt  
Kostenaufteilung verschlos-  
sen, postfrei mit der Auf-  
schrift „Wasserurm Frei-  
burg“ bis längstens 5. Juli  
1924, vormittags 10 Uhr,  
bei uns einzureichen. Zu-  
schlagsfrist 4 Wochen.  
Freiburg, 13. Juni 1924.  
Bahnbaupolizei.

# GEBRÜDER ROEDER A.-G.

Werk  
Stierlin & Vetter  
Rastatt

Roeder-Herde  
für  
Haushaltungen  
mit Kohlen-, Gas-  
und elektrischer  
Beheizung

Ideal-  
Grudeherde



**Gaskoch-Anlage**  
in der Hauptbahnhofsküche  
in Wiesbaden

Werk Darmstadt

Roeder-Herde  
für  
Groß-Küchen  
mit Kohlen-, Gas-  
und elektrischer  
Beheizung

Dampfkoch-  
Anlagen

Geschirrspül-  
Maschinen

Gastwirte-Ausstellung  
Städtische Festhalle  
Gruppe II Stand 115

Gastwirte-Ausstellung  
Städtische Festhalle  
Gruppe II Stand 115

Drud. G. Braun, Karlsruhe.